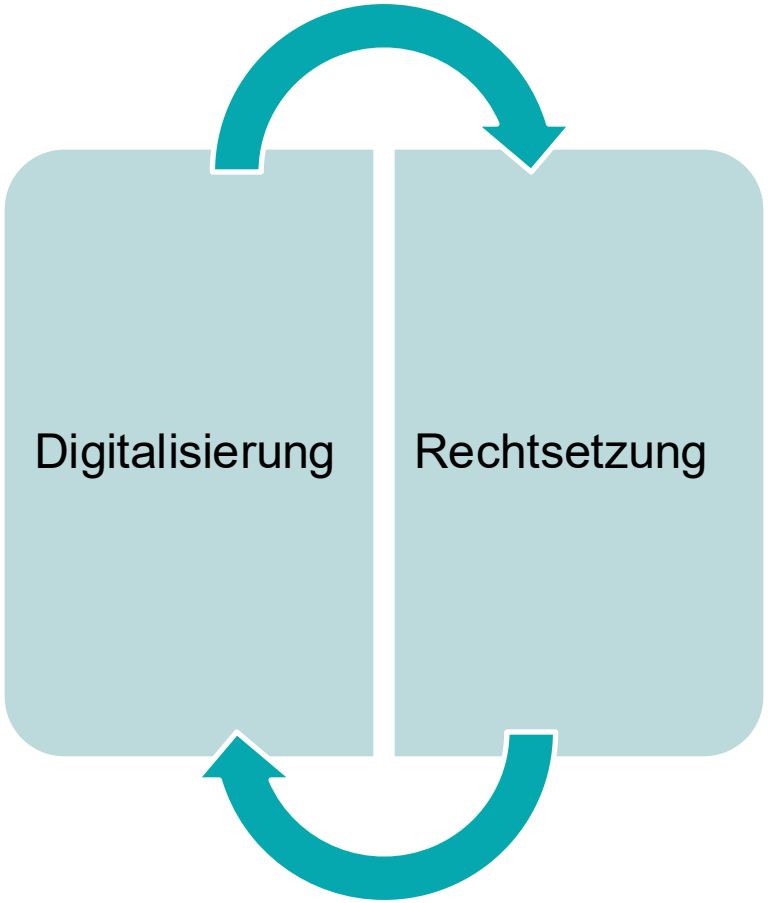
Schweizerische Eidgenossenschaft
Confédération suisse
Confederazione Svizzera
Confederaziun svizra

Eidgenössisches Justiz- und Polizeidepartement EJPD
Bundesamt für Justiz BJ
Direktionsbereich Rechtsetzungsbegleitung

Stand Digitalisierung Rechtsetzungsverfahren Bund

20.08.2025

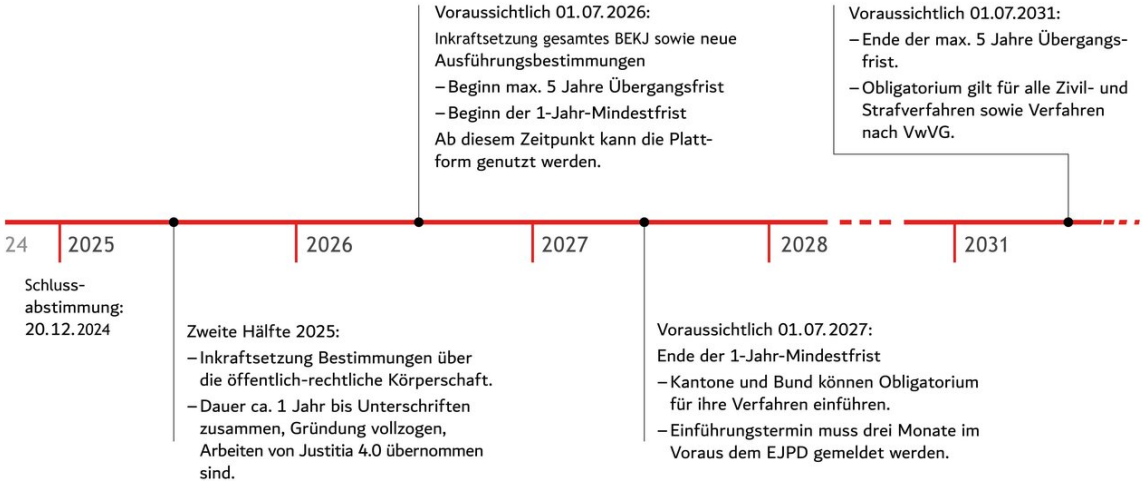
Einordnung



Rechtsetzung mit besonderem Digitalisierungsbezug

EPD
elektronisches
Patientendossier

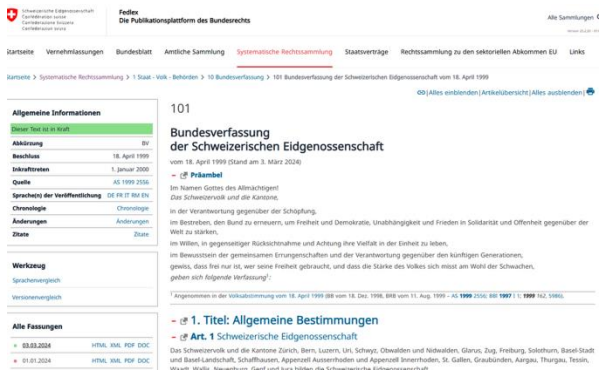
Bundesgesetz vom 20. Dezember 2024
über die Plattformen für die elektronische Kommunikation in der Justiz (BEKJ)

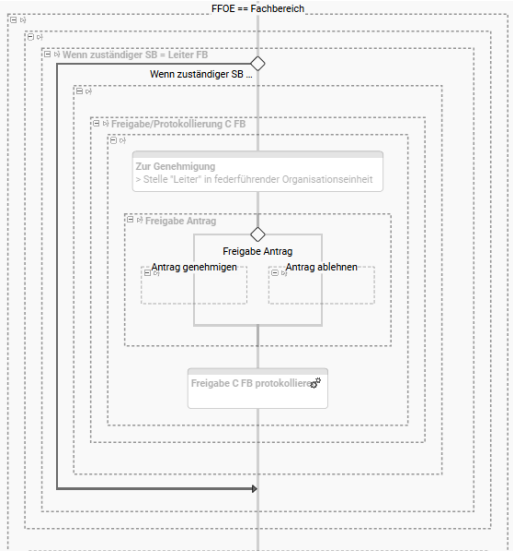


Übersicht

- Worüber sprechen wir?
- In welchem Rahmen bewegen wir uns?
- Wie steht es heute um die Digitalisierung im Rechtsetzungsverfahren?
- Was steht an?
- Fazit

«Digitalisierung»





«Vereinfachung», «Beschleunigung», «Effizienz», «Zugänglichkeit», …

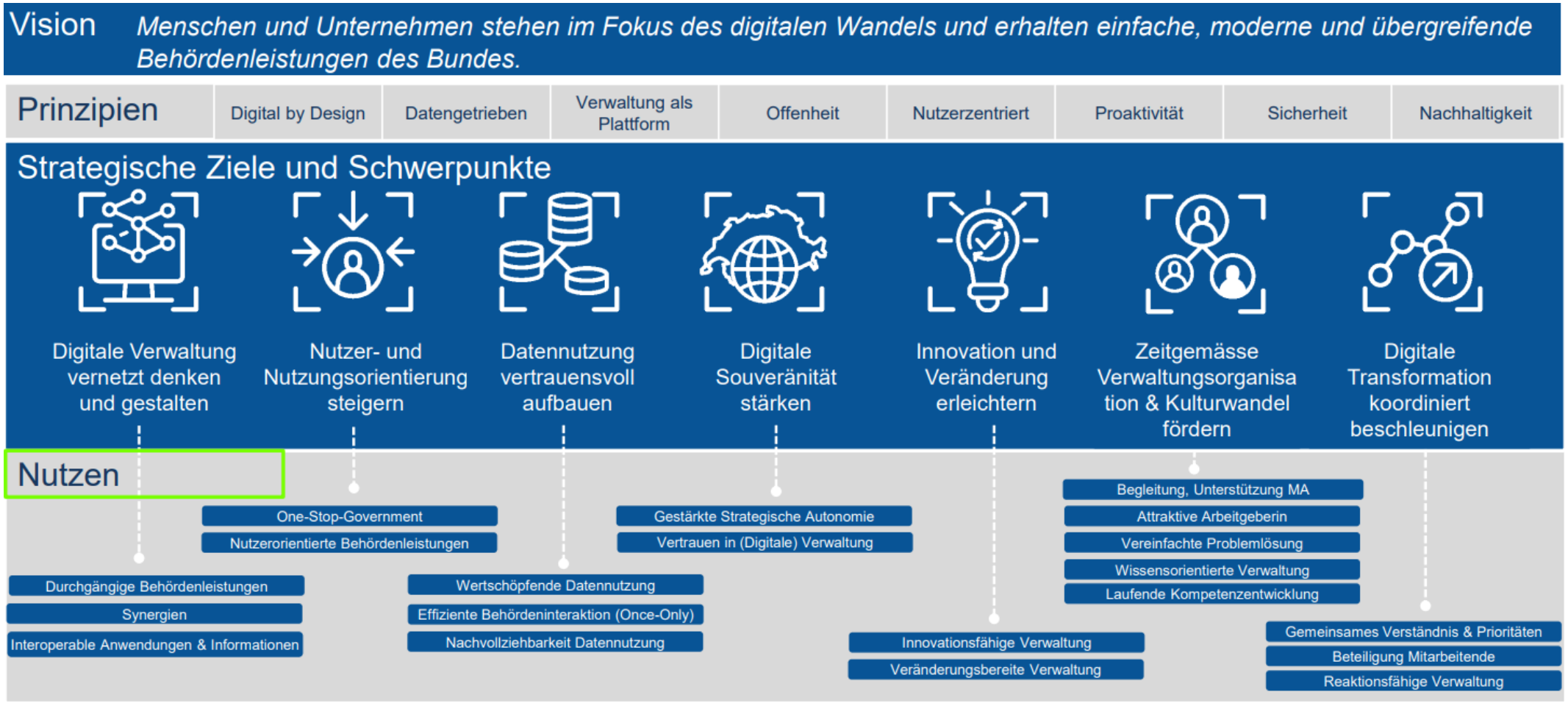
«Digitization»

«Neue Prozess- und Organisations-formen», «Informationsverarbeitung», «Big Data», «KI», …

«Digitilazition»

Digitalisierungs-Strategien

Strategie Digitale Bundesverwaltung

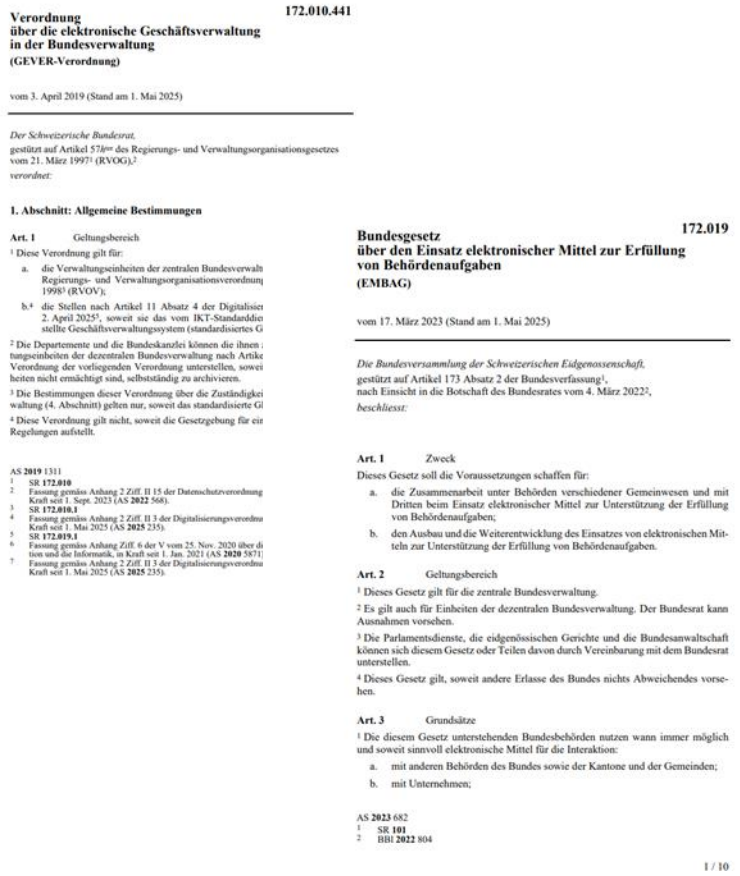


Rechtlicher Rahmen

Art. 57*h* RVOG Führen von Geschäftsverwaltungssystemen

[1] Für ihre Geschäftsprozesse sowie zur Verwaltung von Dokumenten, einschliesslich der Korrespondenz, führen die Einheiten der Bundesverwaltung und die Parlamentsdienste elektronische Geschäftsverwaltungssysteme.

[2] Soweit im Rahmen der Geschäftsprozesse erforderlich, können sie anderen Bundesbehörden sowie bundesexternen Stellen Zugriff auf ihre eigenen Geschäftsverwaltungssysteme gewähren.



Verordnung
über die elektronische Geschäftsverwaltung in der Bundesverwaltung
(GEVER-Verordnung)

172.010.441

vom 3. April 2019 (Stand am 1. Mai 2025)

Der Schweizerische Bundesrat,
gestützt auf Artikel 57*h*[bis] des Regierungs- und Verwaltungsorganisationsgesetzes vom 21. März 1997[1] (RVOG),[2]
verordnet:

1. Abschnitt: Allgemeine Bestimmungen

Art. 1 Geltungsbereich

[1] Diese Verordnung gilt für:

a. die Verwaltungseinheiten der zentralen Bundesverwalt
Regierungs- und Verwaltungsorganisationsverordnun
1998[3] (RVOV);

b.[4] die Stellen nach Artikel 11 Absatz 4 der Digitalisie
2. April 2025[5], soweit sie das vom IKT-Standarddie
stellte Geschäftsverwaltungssystem (standardisiertes G

[2] Die Departemente und die Bundeskanzlei können die ihnen
tungseinheiten der dezentralen Bundesverwaltung nach Artike
Verordnung der vorliegenden Verordnung unterstellen, sowei
heiten nicht ermächtigt sind, selbstständig zu archivieren.

[3] Die Bestimmungen dieser Verordnung über die Zuständigkei
waltung (4. Abschnitt) gelten nur, soweit das standardisierte Gl

[4] Diese Verordnung gilt nicht, soweit die Gesetzgebung für ei
Regelungen aufstellt.

AS **2019** 1311
1 SR **172.010**
2 Fassung gemäss Anhang 2 Ziff. II 15 der Datenschutzverordnung Kraft seit 1. Sept. 2023 (AS **2022** 568).
3 SR **172.010.1**
4 Fassung gemäss Anhang 2 Ziff. II 3 der Digitalisierungsverordnu Kraft seit 1. Mai 2025 (AS **2025** 235).
5 SR **172.019.1**
6 Fassung gemäss Anhang Ziff. 6 der V vom 25. Nov. 2020 über di tion und die Informatik, in Kraft seit 1. Jan. 2021 (AS **2020** 5871)
7 Fassung gemäss Anhang 2 Ziff. II 3 der Digitalisierungsverordnu Kraft seit 1. Mai 2025 (AS **2025** 235).

Bundesgesetz
über den Einsatz elektronischer Mittel zur Erfüllung von Behördenaufgaben
(EMBAG)

172.019

vom 17. März 2023 (Stand am 1. Mai 2025)

Die Bundesversammlung der Schweizerischen Eidgenossenschaft,
gestützt auf Artikel 173 Absatz 2 der Bundesverfassung[1],
nach Einsicht in die Botschaft des Bundesrates vom 4. März 2022[2],
beschliesst:

Art. 1 Zweck

Dieses Gesetz soll die Voraussetzungen schaffen für:

a. die Zusammenarbeit unter Behörden verschiedener Gemeinwesen und mit Dritten beim Einsatz elektronischer Mittel zur Unterstützung der Erfüllung von Behördenaufgaben;

b. den Ausbau und die Weiterentwicklung des Einsatzes von elektronischen Mitteln zur Unterstützung der Erfüllung von Behördenaufgaben.

Art. 2 Geltungsbereich

[1] Dieses Gesetz gilt für die zentrale Bundesverwaltung.

[2] Es gilt auch für Einheiten der dezentralen Bundesverwaltung. Der Bundesrat kann Ausnahmen vorsehen.

[3] Die Parlamentsdienste, die eidgenössischen Gerichte und die Bundesanwaltschaft können sich diesem Gesetz oder Teilen davon durch Vereinbarung mit dem Bundesrat unterstellen.

[4] Dieses Gesetz gilt, soweit andere Erlasse des Bundes nichts Abweichendes vorsehen.

Art. 3 Grundsätze

[1] Die diesem Gesetz unterstehenden Bundesbehörden nutzen wann immer möglich und soweit sinnvoll elektronische Mittel für die Interaktion:

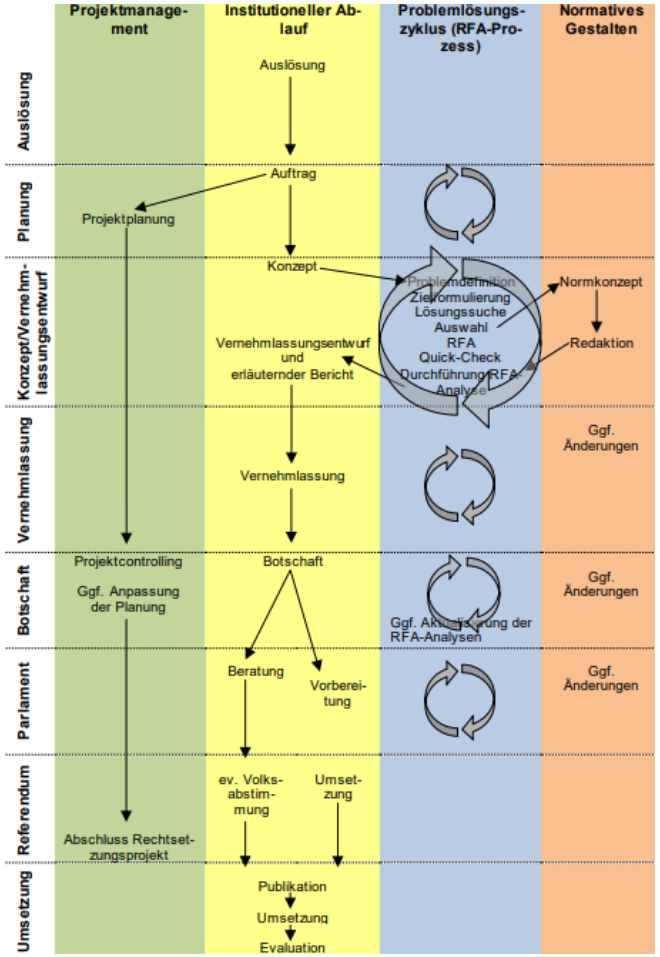
a. mit anderen Behörden des Bundes sowie der Kantone und der Gemeinden;

b. mit Unternehmen;

AS **2023** 682
1 SR **101**
2 BBl **2022** 804

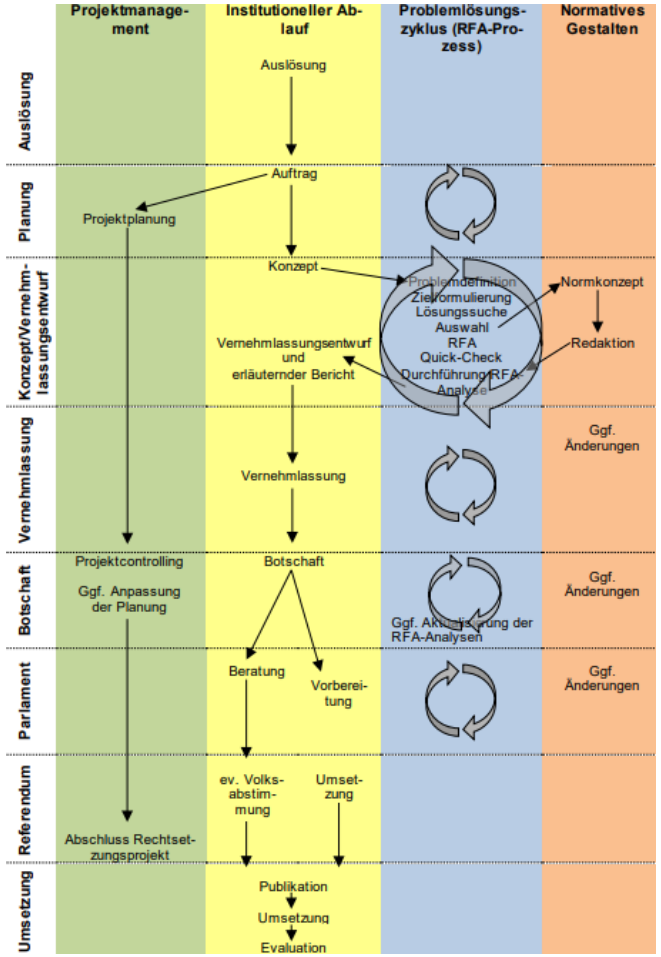
1 / 10

Rechtsetzungsverfahren



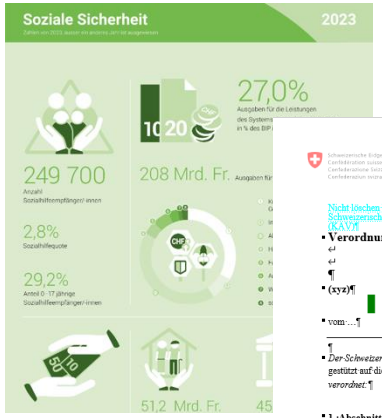
- Projektmanagement: Komplexes Projekt, entsprechend hoher Stellenwert des Projektmanagements
- Institutioneller Ablauf: Durchläuft verschiedene Etappen mit verschiedenen (internen und externen) Beteiligten
- Problemlösungszyklus: Anspruchsvolle Problemlösungsaufgabe
- Normatives Gestalten: Textarbeit in einem komplexen Kontext (Rechtsordnung)

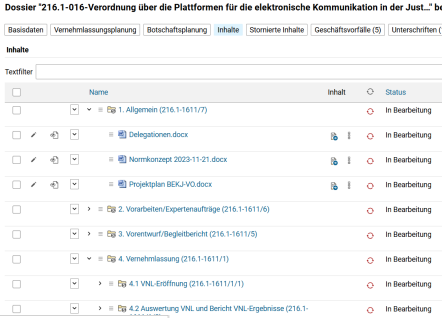
Digitalisierung und Rechtsetzungsverfahren: mögliche Berührungspunkte

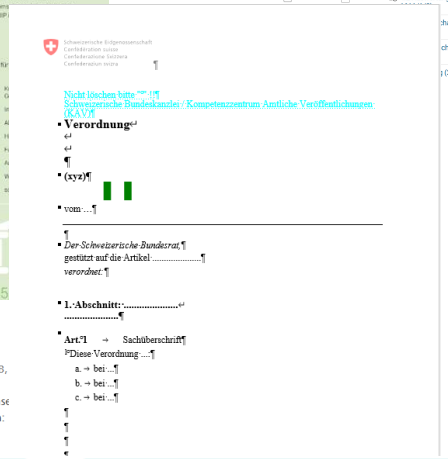


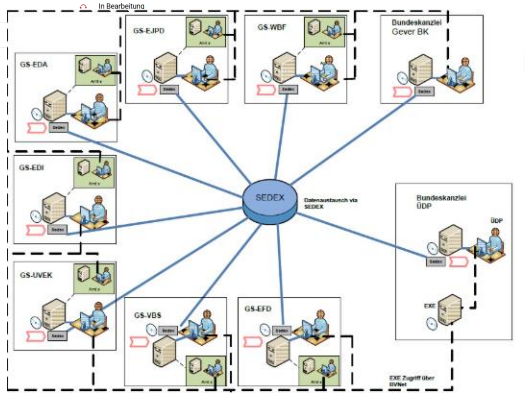
- Komplexes Projekt, entsprechend hoher Stellenwert des Projektmanagements
  → Begleitung, Unterstützung MA; vereinfachte Problemlösung
- Durchläuft verschiedene Etappen mit verschiedenen (internen und externen) Beteiligten
  → interoperable Anwendungen und Informationen
- Anspruchsvolle Problemlösungsaufgabe
  → Wertschöpfende Datennutzung; effiziente Behördenorganisation; vereinfachte Problemlösung
- Normatives Gestalten: Textarbeit in einem komplexen Kontext (Rechtsordnung)
  → Begleitung/Unterstützung MA

Digitalisierung Rechtsetzungsverfahren: «user experience»









- **Vernehmlassung 2024/93**

Änderung des RVOG (Schutz von Daten juristischer Personen durch Bundesorgane)

Behörde: Bundesrat

Mit der Totalrevision des Datenschutzgesetzes vom 25. September 2020 (DSG) wurde die Bearbeitung von Daten juristischer Personen vom Geltungsbereich des DSG ausgenommen. Damit Bundesorgane auch nach Ablauf der fünfjährigen Übergangsfrist von Artikel 71 DSG über hinreichende Rechtsgrundlagen für die Bearbeitung und Bekanntgabe von Daten juristischer Personen verfügen, wird im Regierungs- und Verwaltungsorganisationsgesetz (RVOG) neu vorgesehen, dass sich die spezialrechtlichen Bestimmungen zum Schutz von Personendaten weiterhin auch auf Daten juristischer Personen beziehen. Zudem werden mit der Vorlage die grundrechtlich geschützten Ansprüche, die den juristischen Personen gegenüber datenbearbeitenden Bundesorganen zustehen (namentlich das Auskunfts-, Berichtigungs- und Löschungsrecht) ausdrücklich auf Gesetzesstufe geregelt und konkretisiert. Die Vorlage betrifft nur den Schutz von Daten juristischer Personen bei der Bearbeitung durch Bundesorgane und tangiert nicht die Bearbeitung von Daten juristischer Personen durch private Personen. Für Private entstehen somit keine neuen Pflichten.

Datum der Eröffnung: 21.05.2025

Frist: 12.09.2025

Betroffene SR Nummer(n): 172.010

Eröffnung

- Dokumente: Vernehmlassungsvorlage | Erläuternder Bericht | Begleitschreiben | Begleitschreiben-2 | Adressatenliste | Synoptische Tabelle

Letzte Aktualisierung: 21. Mai 2025

Legistische Hauptinstrumente

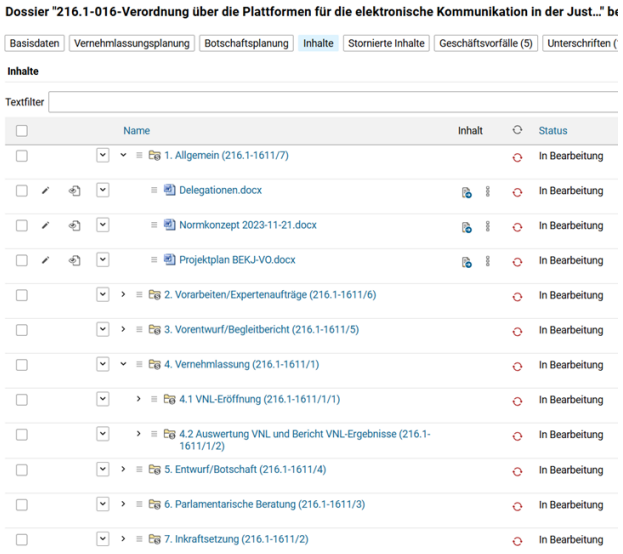
Gesetzgebungsleitfaden, 5., vollständig überarbeitete und ergänzte Auflage 2025 (PDF, 3 MB,

Enthält verschiedene grundlegende Informationen über den Rechtsetzungsprozess und die Umse
sowie die damit verbundenen Rechtsfragen. Behandelt werden insbesondere folgende Themen:

- Methodisches Vorgehen in verschiedenen Rechtsetzungsverfahren
- Grundrechte und
- Kompetenzverte
- Wahl der Erlassf
- Legalitätsprinzip
- Ausgestaltung v
- Systematik und F
- Inkraftsetzung, U

Sollten Sie Bemerku
senden an gesetzge

Projektmanagement:
Begleitung, Unterstützung



Legistische Hauptinstrumente

Gesetzgebungsleitfaden, 5., vollständig überarbeitete und ergänzte Auflage 2025 (PDF, 3 MB, 05.02.2025)

Enthält verschiedene grundlegende Informationen über den Rechtsetzungsprozess und die Umsetzung von Erlassen sowie die damit verbundenen Rechtsfragen. Behandelt werden insbesondere folgende Themen:

- Methodisches Vorgehen in verschiedenen Rechtsetzungsverfahren
- Grundrechte und internationales Recht
- Kompetenzverteilung zwischen Bund und Kantonen
- Wahl der Erlassform
- Legalitätsprinzip und Delegation
- Ausgestaltung von Erlassen und Auswahl der staatlichen Handlungsinstrumente
- Systematik und Redaktion
- Inkraftsetzung, Umsetzung und Evaluation

Sollten Sie Bemerkungen/Anmerkungen zum Gesetzgebungsleitfaden haben, so können Sie uns gerne ein Mail senden an gesetzgebungsleitfaden@bj.admin.ch.

Institutioneller Ablauf:
Begleitung/Unterstützung; interoperable Lösungen

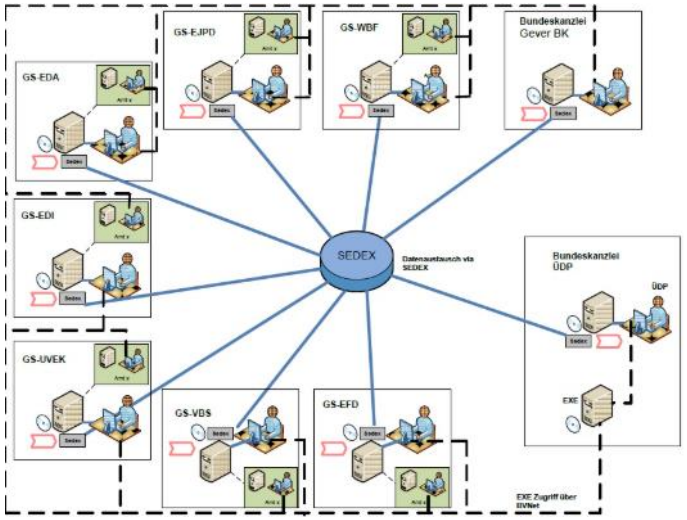
Dossier "216.1-016-Verordnung über die Plattformen für die elektronische Kommunikation in der Just..." be

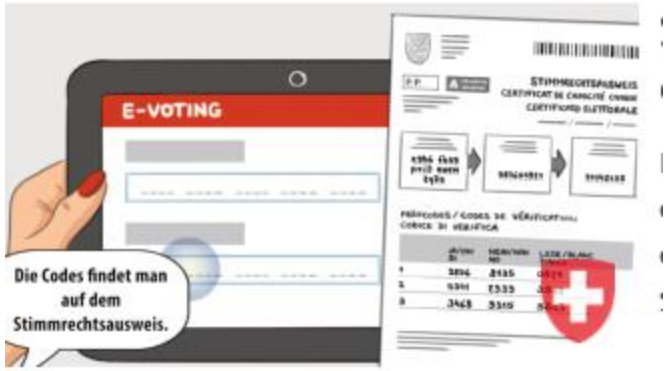
Basisdaten | Vernehmlassungsplanung | Botschaftsplanung | Inhalte | Stornierte Inhalte | Geschäftsvorfälle (5) | Unterschriften (

Inhalte

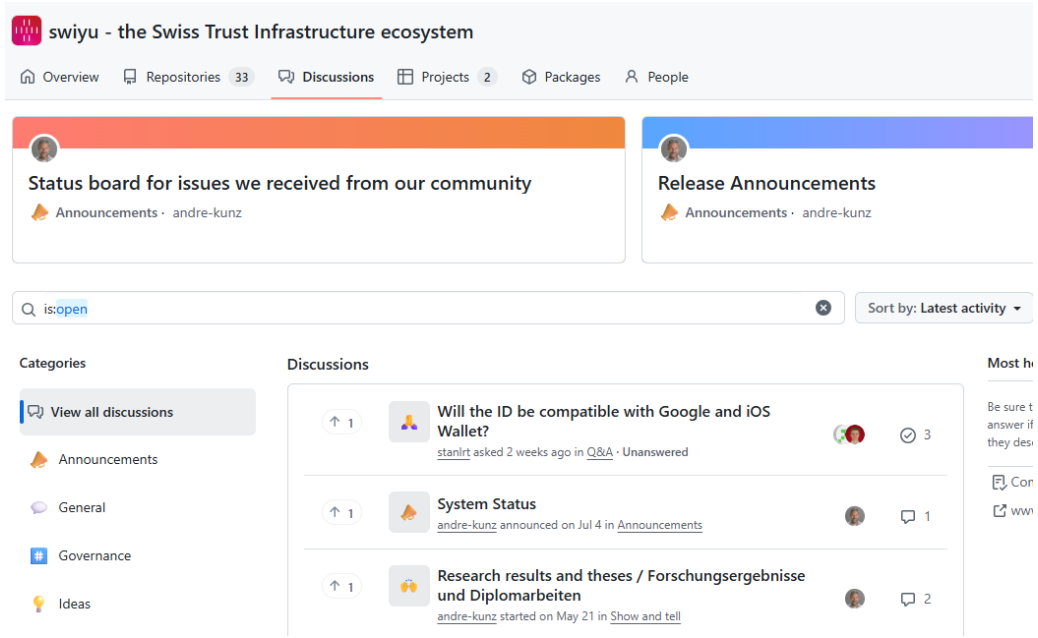
Textfilter

Name	Inhalt	Status
1. Allgemein (216.1-1611/7)		In Bearbeitung
Delegationen.docx		In Bearbeitung
Normkonzept 2023-11-21.docx		In Bearbeitung
Projektplan BEKJ-VO.docx		In Bearbeitung
2. Vorarbeiten/Expertenaufträge (216.1-1611/6)		In Bearbeitung
3. Vorentwurf/Begleitbericht (216.1-1611/5)		In Bearbeitung
4. Vernehmlassung (216.1-1611/1)		In Bearbeitung
4.1 VNL-Eröffnung (216.1-1611/1/1)		In Bearbeitung
4.2 Auswertung VNL und Bericht VNL-Ergebnisse (216.1-1611/1/2)		In Bearbeitung
5. Entwurf/Botschaft (216.1-1611/4)		In Bearbeitung
6. Parlamentarische Beratung (216.1-1611/3)		In Bearbeitung
7. Inkraftsetzung (216.1-1611/2)		In Bearbeitung





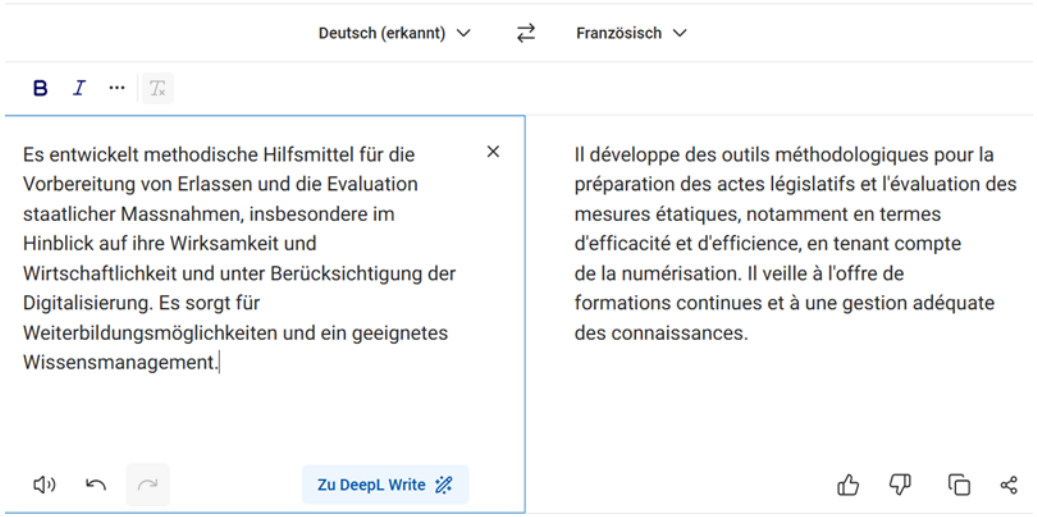
Problemlösungszyklus:
vereinfachte Problemlösung; Datenbearbeitung



Normatives Gestalten

Begleitung, Unterstützung MA

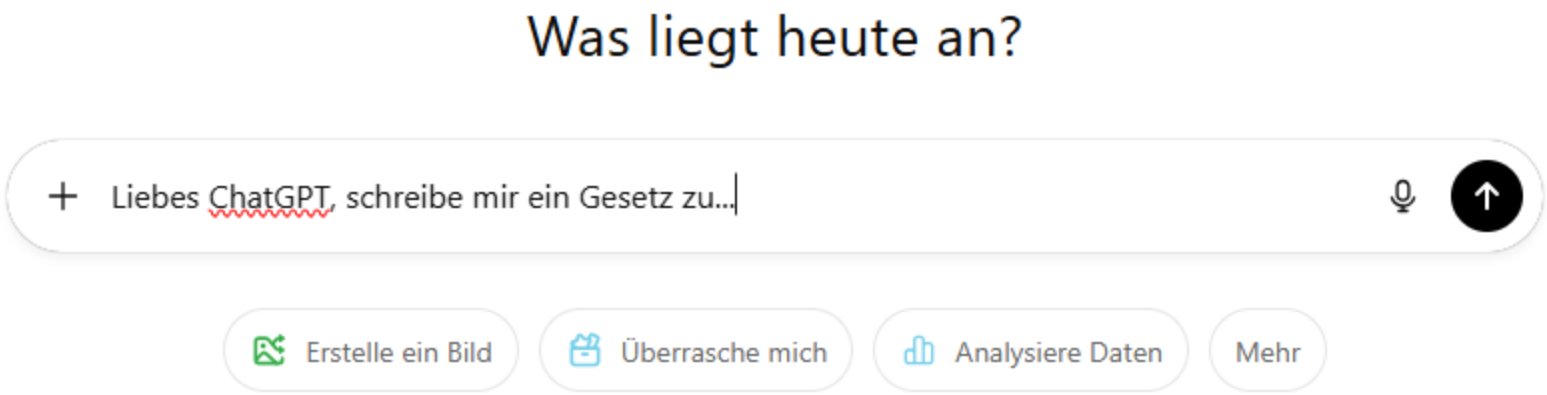
DeepL



Zwischenfazit:
Stand Digitalisierung Rechtsetzungsverfahren

- Die digitale Transformation des Bundes schreitet voran.
- Die «Digitalisierung des Rechtsetzungsverfahrens» steht nicht im Vordergrund.
- Allgemeine Vorkehren für eine zeitgemässe Verwaltungsorganisation erleichtern und unterstützen auch einzelne Aspekte des Rechtsetzungsverfahrens. Die verschiedenen Verfahrensschritte sind nicht (medienbruchfrei) verbunden. Insgesamt aber funktioniert das Rechtsetzungsverfahren gut.
- Es besteht Raum für die Anwendung von digitalen Lösungen; im Rahmen von Projekten werden z.B. neue Formen des Einbezugs erprobt.
- Die Digitalisierung führt noch nicht zu grundlegenden Veränderungen des Rechtsetzungsverfahrens (stellt jedoch schon neue Anforderungen an die Rechtsetzung).
- Künstliche Intelligenz hält noch begrenzt Einzug in das Rechtsetzungsverfahren.

Ausblick


Was liegt heute an?
Liebes ChatGPT, schreibe mir ein Gesetz zu...
Erstelle ein Bild
Überrasche mich
Analysiere Daten
Mehr

Digitalisierung im Rechtsetzungsverfahren: Wie weiter?

- Die digitale Transformation erfasst auch das Rechtsetzungsverfahren.
- Es besteht Potential für weiteren Nutzen (Vereinfachung, Unterstützung, Zusammenarbeit, Grundlagen, …).
- Digitalisierung ist kein Selbstwert. Die digitale Transformation kann nicht alle Herausforderungen im Rechtsetzungsverfahren lösen.
- Ein schrittweises (agiles) Weiterdenken und Weiterentwickeln ist angebracht.

Fragen?